

„2015 war keine Krise ...“





Arif Abdullah Haidary kam 2015 als Flüchtling aus Afghanistan nach Deutschland. Seitdem setzt er sich für die Rechte von Geflüchteten ein. Er ist Vize-Vorsitzender des *Münchner Migrationsbeirats*, arbeitet beim *Bayerischen Flüchtlingsrat* und ist inzwischen deutscher Staatsbürger. Im Interview mit Tobias Brück spricht er über seine Erfahrungen im „Sommer der Migration“, die schwindende Solidarität mit Geflüchteten in Deutschland und seinen Kampf gegen Asylrechtsverschärfungen und Rassismus.

Herr Haidary, welche persönliche Bilanz ziehen Sie zehn Jahre nach dem „Sommer der Migration“?

Als ich 2015 nach Deutschland kam, hieß es: ‚Wir schaffen das‘. Ich habe eine Offenheit von der Zivilgesellschaft gespürt. Besonders in den letzten Jahren hat sich der Ton in der Politik gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten komplett geändert. Das war ein schleicher Prozess hin zu einer schärferen Wortwahl. Mittlerweile hört man auch von demokratischen Parteien, dass sie Geflüchtete als il-

wird, dass rechte Parteien und Menschen sich bestätigt fühlen und den Diskurs immer weiter verschieben. Das ist nicht akzeptabel. Nicht nur in Deutschland, sondern europaweit werden rechte Parteien stärker und ein Großteil der Politik fordert mehr Grenzen, mehr Abschottung. Das ist nicht der richtige Weg. Wir müssen die Grenzen offenhalten, wir müssen Menschen, die Schutz suchen, offen annehmen. Deutschland ist beteiligt an dem Leid der Menschen. Wir holen Ressourcen, Bodenschätze aus anderen Ländern, um uns hier klimaneutral

zu machen, zerstören deren Existenz und Umwelt. Und, wenn die Menschen sich auf den Weg machen, dann sagen wir, sie

sollen nicht kommen und machen die Grenzen dicht. Deutschland exportiert nach wie vor Waffen und wenn die Menschen sich wegen eines Kriegs nach Europa

aufmachen, sagen wir: Wir wollen diese Menschen nicht. Das ist eine rassistische Politik. Das kommt von der AfD, aber leider machen die demokratischen Parteien mit.

Die Zeit um 2015 wurde auch als „Sommer der Solidarität“ beschrieben, viele sprachen von einer Willkommenskultur. Wie nahmen Sie das wahr?

Ich habe sehr viele nette Menschen und Ehrenamtliche kennengelernt. Viele Menschen haben versucht, Geflüchtete zu unterstützen. Immer wieder verhinderte die Politik, dass diese Menschen in Kontakt mit Geflüchteten kommen. Als ich 2015 nach Deutschland gekommen bin, war ich hier im Herzen von München in der zentralen Aufnahmeunterkunft in der Nähe vom Münchner Hauptbahnhof mit 1500 Menschen untergebracht. Die war in einem sehr schlechten Zustand – 1500 Menschen lebten in einer alten Industriehalle. Am Anfang besuchten uns viele Ehrenamtliche und versuchten, uns die Kultur hier zu zeigen, mit uns rauszugehen,

„Wir müssen die Grenzen offenhalten“

legale Einwanderer bezeichnen. Man sagt nicht mehr Schutzsuchende oder Geflüchtete, sondern illegale Einwanderer. Das führt dazu, dass der Hass mehr

Projekte zu machen. Am Anfang konnten sie einfach die Unterkunft betreten. Dann sagten die Sicherheitsleute dort, die Menschen sollen sich zwei Wochen vorher anmelden. Und den ehrenamtlichen Menschen wurde keine Erlaubnis mehr erteilt. Mit dem Hintergedanken der Politik, dass Geflüchtete mit Einheimischen in Kontakt kommen, die Kultur kennenlernen, sich integrieren und es so schwieriger sein würde, sie abzuschieben oder sie zu entrechten. Das hat dazu geführt, dass viele ehrenamtliche Menschen sich verarscht gefühlt haben, sich zurückzogen, sich nicht mehr leisten konnten, wochenlang zu warten, um mit Geflüchteten eine Aktion zu starten. Natürlich sind nach wie vor immer noch Menschen ehrenamtlich aktiv und unterstützen Geflüchtete. Diese Menschen erleben aber momentan Hass. Wenn du heute davon sprichst, Geflüchtete zu unterstützen, ist das ein bisschen ungewöhnlich. Dadurch, dass die rechte Politik krass zugenommen hat, können die Menschen oft nicht offen darüber sprechen.

Wie steht es aktuell um die Solidarität mit Geflüchteten in Deutschland?

Von 2015 bis jetzt war ich auf der Straße, bin bei sehr vielen Demos mitgelaufen, habe vieles mitorganisiert. Ich war fast bei jeder Demo in München in irgendeiner Art und Weise beteiligt und habe in den letzten Jahren gesehen, dass immer weniger Menschen auf die Straße gehen. Vor vier, fünf Jahren, wenn es eine Asylrechtsverschärfung gab, haben sofort Menschen protestiert. Mittlerweile werden fast jeden Tag neue Verschärfungen von der Bundesregierung angekündigt und man sieht sehr wenig Protest, spürt sehr wenig Solidarität.

Oft wurde das Jahr 2015 fälschlicherweise mit Grenzöffnungen assoziiert. Die Grenzen waren aber schon offen und die Menschen machten sich einfach auf den Weg. Inwiefern waren neben Not und Verzweiflung auch Ermächtigung und Ungehorsam in der damaligen Fluchtbewegung präsent?

Menschen fliehen aus Not, wegen Folter und Krieg. In der Politik wird häufig gesagt, dass die Menschen wegen der Sozialleistungen hierherkommen, oder um sich ihre Zähne richten zu lassen. Das ist falsch. Ich kam als unbegleiteter Minderjähriger mit meinen Brüdern, einer jünger, der andere älter als ich, nach Deutschland. Insgesamt waren wir sechs Personen aus Afghanistan und haben über 21.000 Dollar bezahlt – das ist eine krasse Summe Geld in Afghanistan. Man flieht nicht, weil man hier 300 Euro haben will oder um sich die Zähne grade machen zu lassen.

Hätte ich daran Interesse gehabt, hätte ich ein anderes Land gewählt. Menschen fliehen vor Krieg. Gerade auch 2015 aus Syrien. Dort starben jeden Tag Zivilisten. Genauso in Afghanistan, es gab keine Woche ohne Bombenanschlag. Wenn in meinem Heimatland kein Krieg gewesen wäre, dann hätte ich mich nicht auf den Weg gemacht. Die Politik und die Medien müssen aufhören, es so darzustellen, als ob Menschen wegen Sozialleistungen herkommen. Wir müssen aufhören zu erzählen, dass diese Menschen faul sind und nicht arbeiten. Eine Statistik zeigt: Rund zwei Drittel der Menschen, die 2015 gekommen sind, haben jetzt Arbeit, und das ist ein großer Erfolg. Wir müssen doch verdammt froh sein, dass diese

Menschen nach Deutschland kommen.

Seit 2015 gab es zahlreiche Asylrechtsverschärfungen. Abschtung und Abschiebungen dominieren die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik. Wie kam es dazu und wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Das war und ist immer noch lächerlich. Es hieß, einige Städte in Afghanistan sind sicher, deswegen können wir dorthin abschieben. Bis vor ungefähr drei oder vier Jahren gab es fast jeden Monat einen Abschiebeflug nach Afghanistan. Zu dem Zeitpunkt, als gesagt wurde Afghanistan ist sicher,

„Ich sage: Deutschland hat nichts gelernt“

war die deutsche Bundeswehr aber noch vor Ort. Wenn Afghanistan sicher sein soll, was macht dann die deutsche Bundeswehr dort? Das ist absurd. Anstatt, dass Richter entscheiden, welche Person Asylrecht bekommt oder nicht, entscheiden Politiker*innen, welches Herkunftsland als sicher eingestuft wird, um mehr Menschen abzuschieben. Es macht keinen Sinn, dass man jetzt die Grenzen dicht macht, die Einwanderungszahlen sind sowieso gesunken. Die Grenzkontrollen kosten bislang mehr als 80 Millionen Euro. Diese Gelder könnten wir sehr gut in andere Bereiche investieren, in Deutschkurse für Geflüchtete oder die Integration in den Arbeitsmarkt. Deutschland kämpft um Fachkräfte. Von einer

schnellen Integration profitieren alle. Geflüchtete dagegen jahrelang in Unterkünfte zu sperren und keine Arbeitserlaubnis zu erteilen, bringt einfach nichts.

Die Jahre um 2015 bezeichnen Konservative und Rechte als sogenannte „Flüchtlingskrise“, die sich nicht wiederholen dürfe. Was entgegnen Sie denen?

2015 war keine Krise. Aber wenn sich ehrenamtliche Menschen nicht engagiert hätten, dann hätten wir wirklich eine Krise gehabt. Ungefähr eine Million Menschen sind nach Deutschland gekommen. Natürlich ist das viel, aber Deutschland hat über 80 Millionen Einwohner, verhält sich als mächtigstes Land in Europa und muss es schaffen, diese Menschen zu integrieren. Die Politik hat 40 Jahre lang geschlafen, ohne nachzudenken und ohne vorbereitet zu sein. Schon in den Jahren vor 2015 gab es diese Flüchtlingsbewegung, man konnte weltweit sehen, wie viele Menschen auf der Flucht sind. Da muss man früher wach werden und Strukturen schaffen und versuchen zu lernen, wie man Menschen unterbringt und mit ihnen umgeht. Das hat man nicht gemacht und macht es immer noch nicht. In den Diskussionen wird gesagt, Deutschland hat von 2015 gelernt, und als die Geflüchteten aus der Ukraine gekommen sind, hat es besser geklappt. Ich sage: Deutschland hat nichts gelernt. Nachdem der Ukrainekrieg ausgebrochen war, kamen viele Menschen. Das war großartig, was Deutschland geleistet hat und wie wir reagiert haben, aber nur für Geflüchtete aus der Ukraine. Wenn der politische Wille da ist, dann geht es auf einmal. Wir haben die Kapazitäten Menschen aufzunehmen und zu integrieren, aber nur wenn der politische Wille da ist und das ist

momentan nicht der Fall. Europaweit sehen wir Abschottung und Abgrenzung anstatt Solidarität, weil es für Politiker*innen einfacher ist, Grenzen dicht zu machen, anstatt sich mit Schwierigkeiten auseinanderzusetzen und Lösungen zu finden.

Hetze gegen Schutzsuchende ist in der deutschen Öffentlichkeit alltäglich, die Zahl der Angriffe auf Geflüchteten-Unterkünfte steigen und rassistische Ressentiments grassieren in der Mitte der Gesellschaft. Wie konnte es so weit kommen?

Ich habe mich nicht gewundert. Wenn ein Asylbewerber jemanden tötet oder einen Terroranschlag macht, sind das Tragödien und darüber muss auf jeden Fall berichtet werden. Aber man muss sich das menschlich anschauen und nicht sofort das Heimatland des Menschen in den Vordergrund stellen. Als im Februar 2025 in München ein Attentat passierte, titelten fast alle Medien: 24-jähriger Afghane brachte Menschen um. Das führte dazu, dass ich rassistische E-Mails bekam. Wenn Horst Seehofer sagt, dass Migration die Mutter aller Probleme ist, dann ist das sehr gefährlich. Denn Menschen mit rechten Tendenzen fühlen sich dadurch bestätigt und das führt dazu, dass Geflüchteten-Unterkünfte angegriffen werden. Die Menschen, die das machen, denken, uns passiert sowieso nichts, denn Bundeskanzler und Innenminister sagen, dass die Geflüchteten illegal hier sind. Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund, die teilweise das Land mit aufgebaut haben, über Jahrzehnte hier sind und genauso viel Steuern zahlen wie jeder andere, fühlen sich nicht mehr wohl hier in dieser Gesellschaft, weil rassistische Tendenzen zunehmen.

Wenn Menschen sich nicht willkommen fühlen, führt das leider auch dazu, dass sie sich radikalisieren.

Offen spricht die rechtsextreme AfD von Remigration, womit sie die massenhafte Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund meint. Wie schätzen Sie die derzeitige Bedrohung durch Rechtsextremismus ein?

Die Bedrohung geht nicht nur von der AfD, sondern auch von der Union aus. In den letzten Jahren, versucht die Union, besonders in Wahlkampfzeiten, Menschen rassistisch auszugrenzen und übernimmt die Narrative der AfD und will sie damit schwächen. Aber das wird diese Partei nicht schwächen, sondern sie werden noch härtere Forderungen stellen. Jetzt sagt die Union, die Grenzen müssen dicht gemacht werden, wir müssen nach Syrien und Afghanistan abschieben. Das ist genau die Wortwahl der AfD, diese ist jetzt mittlerweile in demokratischen Parteien angekommen. Das ist sehr gefährlich, nicht nur für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch für queere Menschen, und andere, die nicht den gesellschaftlichen Normen entsprechen. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen: So ist der Faschismus an die Macht gekommen. Das müssen wir verhindern. Und ich sehe die starke Parallele, besonders in den letzten zwei, drei Jahren. Denn diese Haltung ist nicht nur für Migrant*innen problematisch, sondern für alle Menschen, die andere politische Meinungen haben. Es ist wichtig, dass wir uns zusammentun, sonst ist es irgendwann zu spät. In einigen Städten ist die AfD nah dran, den Oberbürgermeister zu stellen oder in einigen Bundesländer, die Regierung zu übernehmen.

Es gibt kaum sichere Wege nach Europa und es ist schwieriger denn je, in Deutschland Asyl zu beantragen. Was fordern Sie von der Bundesregierung und der EU, um eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik zu etablieren?

Waffenexporte stoppen und Menschlichkeit in den Vordergrund stellen! Nicht nur eurozentrisch oder national denken, sondern international. Menschen als Menschen wahrnehmen und die Grenzen offenhalten. Das Asylrecht ist nicht von heute oder von gestern, sondern aus dem Zweiten Weltkrieg, weil man daraus gelernt hat, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung in anderen Ländern Schutz suchten, den nicht bekamen. Jetzt versuchen rechte Parteien, das Asylrecht abzuschaffen. Das muss auf jeden Fall sofort aufhören. Die Politik muss sich an das geltende Recht halten. Wenn entschieden wird, dass die Handlungen von Innenminister Dobrindt rechtswidrig sind, juckt ihn das nicht und er treibt seine rassistische Politik weiter voran. Wir müssen Menschen eine Möglichkeit geben, nach Europa zu kommen, sich zu integrieren und hier ein Leben aufzubauen und sie als Menschen wahrzunehmen.<

